

LTWP-3-641

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Obada Barmou (KV Germersheim)

Verfahrensvorschlag: Modifizierte Übernahme

Titel: **LTWP-3-641: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 646 bis 653:

enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort. Wir wollen, dass in Zukunft bei der Integration überall gute Standards gelten – und werden Berichtspflichten sowie Qualitätsstandards gesetzlich verankern. Dafür nehmen wir die Kooperationsstrategie Integration als Grundlage, um die Bedürfnisse der Menschen, die Integrationsarbeit vor Ort vorantreiben, zu erkennen und passgenaue Förderungen und Regelungen zu initiieren. Diese kommunale Kooperationsstrategie werden wir strukturell mit klaren Zuständigkeiten und belastbaren Finanzierungsmodellen (z.B. über die gesetzliche Regelfinanzierung) unterlegen. Wir fördern niedrigschwellige Beratung im Alltag inklusive einer unabhängigen Ombudsstelle mit rechtlicher Beratung und Verfahrensbegleitung und setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass Familiennachzug wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen. Wir fördern Begegnungsräume und unterstützen Nachbarschaftsprojekte, Mehrgenerationenhäuser und Jugendzentren als Orte sozialer

Integration. Denn gesellschaftliche Teilhabe entsteht dort, wo Menschen einander begegnen. Ein flächendeckendes Netz von Sozialdiensten und gezielter Familienhilfe ist zentral, um Menschen beim Ankommen in unserer Gesellschaft zu unterstützen – diese Strukturen wollen wir nachhaltig stärken. Wir lehnen Kürzungen unter das Existenzminimum entschieden ab, weil sie Teilhabe verhindern und Integration erschweren.

Begründung

Die Änderungen zielen darauf ab, eine klare, strukturierte Integrationspolitik, die Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe versteht. Diese Politik setzt auf verbindliche Qualitätsstandards, rechtliche Absicherung und eine dauerhafte Finanzierung kommunaler Strukturen. Schutzrechte, Teilhabe und soziale Sicherheit stehen dabei im Mittelpunkt. Durch konkrete Maßnahmen wie Ombudsstellen, den Ausbau von Sozialdiensten und den Schutz sensibler Lebensbereiche wird Integration nicht nur ermöglicht, sondern aktiv gestaltet – gerecht, menschlich und nachhaltig.

Unterstützer*innen

Jutta Niel (KV Rhein-Lahn), Okka Senst (KV Rhein-Hunsrück), Leonie Weber (KV Alzey-Worms), Ute Ernst (KV Neuwied), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Natalie Lochmann (KV Mainz), Joey Isted (KV Rhein-Hunsrück), Tanja Paschek (KV Rhein-Hunsrück), Fernando Andia Cochachi (KV Trier), Carsten Stumpenhorst (KV Trier), Christina Flick (KV Birkenfeld), Corinna Rüffer (KV Trier), Andrea Fleischer (KV Rhein-Pfalz), Annika Girmann (KV Koblenz), Fabian Frank (KV Trier), Christian Büning (KV Rhein-Hunsrück), Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt), Susanne Großpietsch (KV Frankenthal), Christin Fernholz (KV Mainz)